

NIEDERSCHRIFT BezA/0011/2016

über die Sitzung des **Bezirksausschusses der Stadt Billerbeck** am 01.03.2016 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzender:

Herr Werner Wiesmann

Ausschussmitglieder:

Herr Bernd Kösters
Herr Thomas Schulze Tem-
ming
Frau Birgit Schulze Wierling
Herr Winfried Heymanns
Herr Ulrich Schlieker

Vertretung für Herrn
Ralf Flüchter

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Markus Lütke Enking
Herr Theo Schulze Brock
Frau Petra Beil

Vertretung für Herrn
Michael Fliß

Frau Maria Schlieker
Herr Frank Wieland

Von der Verwaltung:

Herr Gerd Mollenhauer
Frau Michaela Besecke
Frau Jutta Kentrup
Frau Birgit Freickmann

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:10 Uhr

Herr Wiesmann stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Schulze Brock bittet um Erweiterung der Tagesordnung, da er eine nichtöffentliche Anfrage stellen wolle.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass es heute keine nichtöffentliche Tagesordnung gebe und die Tagesordnung daher nicht erweitert werden könne.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Sachlicher Teilflächennutzungsplan "Windenergie" der Gemeinde Laer

hier: Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen der Abstimmung mit den benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

Herr Kösters erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauer-raum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Auf Nachfrage von Herrn Schulze Temming wird verwaltungsseitig kurz erläutert, wann jemand befangen ist.

Nach kurzer Erläuterung durch Frau Besecke schließt sich der Ausschuss dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an und fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss:

Es werden keine Bedenken gegen die Planung erhoben.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 09.09.2015 hier: Randstreifen für die Artenvielfalt zurückgewinnen

Frau Kentrup präsentiert auszugsweise das vom Kreis Coesfeld zur Verfügung gestellte digitale Kartenmaterial über festgestellte Fremdnutzungen. Sie teilt mit, dass auf dem Gebiet der Stadt Billerbeck 225 Flächen zur Größe von insgesamt rd. 111.000 qm ermittelt worden seien, die sich im Eigentum der Stadt befinden und fremdgenutzt werden. Die Grundstücke der Interessentengemeinschaften seien hierin nicht enthalten.

Herr Schulze Brock weist darauf hin, dass es auch den umgekehrten Fall gebe und Privatflächen öffentlich genutzt würden.

Herr Schlieker macht deutlich, dass es ihm nicht darum gehe, der Landwirtschaft Flächen weg zu nehmen. Mit den Landwirten solle besprochen werden, welche Flächen schnell und unbürokratisch für die Artenvielfalt genutzt werden können. Damit sollte möglichst schon im Frühjahr begonnen werden. Es sollte ein Kompromiss gefunden werden, der alle zufriedenstelle.

Herr Mollenhauer gibt zu bedenken, dass sich manchmal Flächen auch als Tauschflächen eignen.

Herr Schlieker äußert, dass er hiermit kein Problem habe, wenn man dabei immer im Hinterkopf habe, möglichst viele Flächen für die Artenvielfalt zu generieren.

Herr Wiesmann betont, dass die Verwaltung das direkte Gespräch mit den Landwirten suchen sollte.

Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich, da der Bezirksausschuss

bereits einen Beschlussvorschlag für den Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten beschlossen habe.

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. November 2015 hier: Infoveranstaltung zum Thema "Mehr Artenvielfalt in einem blühenden Billerbeck"

Herr Schlieker erläutert und begründet den Fraktionsantrag. Um die Problematik in der Bevölkerung zu verankern, sollte die Stadt eine Informationsveranstaltung durchführen.

Frau Schulze Wierling und Herr Kösters raten von einer städt. Veranstaltung ab. Die Verwaltung sei schon arbeitsmäßig stark belastet und werde sicherlich nicht so schnell eine Veranstaltung organisieren können. Die Grünen sollten eine Veranstaltung in Eigenregie durchführen.

Herr Schlieker gibt zu bedenken, dass es keine ideologische Veranstaltung werden solle und die Neutralität der Stadt von Vorteil sei, wenn man die ganze Bevölkerung erreichen wolle.

Nach kurzer Diskussion einigen sich die Fraktionen auf Vorschlag von Herrn Kösters darauf, gemeinsam eine parteiübergreifende Veranstaltung zu organisieren und die Verwaltung nur notfalls einzubinden. Herr Schlieker wird auf die Parteien zugehen.

4. Mitteilungen

4.1. Bahnbrücke am Ziegeleiweg - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer erläutert unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage zur HFA-Sitzung am 25.02.2016 den Sachverhalt bzgl. der gesperrten Bahnbrücke am Ziegeleiweg. Derzeit würden die Archivunterlagen durchforstet, in der Hoffnung Informationen über alte Vereinbarungen oder Regelungen mit der Bahn zu finden. Nach Abschluss der Recherchen sei vorgesehen, ein Rechtsgutachten einzuholen.

Es schließt sich eine kurze Erörterung an.

5. Anfragen

5.1. Bahnbrücke am Ziegeleiweg - Herr Schlieker

Herr Schlieker bezieht sich auf die letzte HFA-Sitzung, in der ein Anlieger angeboten habe, die Bahnbrücke günstig zu restaurieren. Er bitte die Verwaltung, dem Anlieger zu antworten.

5.2. Bushaltestelle Gärtnersiedlung - Herr Schlieker

Herr Schlieker weist darauf hin, dass der Bereich der Bushaltestelle an der Gärtnersiedlung wie immer am Ende des Winters ein einziges großes Schlagloch sei. Hier sollte eine nachhaltige Instandsetzung vorgenommen werden.

5.3. Fehlende Fahrbahnmarkierung auf der L 580 Richtung Coesfeld - Herr Kösters

Herr Kösters erinnert an die immer noch fehlende Fahrbahnmarkierung auf der L 580.

Herr Mollenhauer führt aus, dass der Landesbetrieb lt. einem Zeitungsbericht die Markierungen bei Eintritt offenen Wetters aufbringen lassen wolle.

5.4. Anordnung eines Anschlusses mit Schmutzwasser an die öffentliche Kanalisation - Herr Schulze Brock

Herr Schulze Brock schildert einen Fall, in dem ein Betroffener von der Stadt per Ordnungsverfügung unter Androhung von Zwangsgeld und Zwangshaft zum Anschluss an die öffentliche Entwässerungsanlage aufgefordert wurde. Der Betroffene sei uneinsichtig und habe signalisiert, hiergegen vorzugehen. Zur Abwendung eines langwierigen Rechtsstreits und um Eskalationen zu vermeiden, schlägt Herr Schulze Brock vor, einen Güte Termin zu vereinbaren.

Herr Mollenhauer führt hierzu aus, dass der Kreis keine Befreiung mehr ausgesprochen habe und dann die Stadt verpflichtet sei, den Betroffenen anzuschließen. Die angesprochenen Begrifflichkeiten, wie Zwangsgeld und Ersatzzwangshaft ergäben sich aus den gesetzlichen Vorgaben und müssten verwandt werden, damit der Bescheid rechtlich einwandfrei abgewogen ist.

Herr Schlieker schlägt vor, Herrn Hein zu bitten, in der Betriebsausschusssitzung am 12.04.2016 über den Fall zu informieren.

Herr Wiesmann regt an, mit der Bürgermeisterin zu klären, ob ein Güte Termin Sinn mache.

Werner Wiesmann
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin